

# Berliner Tageblatt

XIII. Jahrg. Nr. 37

11. September 1924

## Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Schweiz 30 Fr., Spanien 30 Pesetas, Tschechoslowakei 150 Kr., Türkei 25 sh., Uruguay 6 Peso oro, Venezuela 5 \$ U. S. A., Vereinigte Staaten 15 \$ A., Zentralamerika 5 \$ U. S. A., Anzeigen für die zwölftägigen Nonpareilzeilen (Radolf Mosse) Normalzeilenmessen: 4 0/00 Gm. freibreitend, halber Deutsche Waren 0,75 Gm. für die 27 mm breite Zeile. Alleinige Anzeigen-Armahme: Annoncen-Expedition Radolf Mosse, Berlin SW 19, Eisenbahnstr. 10. Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Bukarest, Amsterdam, Basel, Zürich. Druck u. Verlag von Radolf Mosse, Berlin. Telegr.-Adr.: „Berlita“ Berlin. Radolf Mosse-Cod.

### Der Bürgerblock.

Ein erstes Wort zur politischen Lage.

Von [Nachdruck verboten.]  
Reichskanzler a. D. Dr. Joseph Wirth.

mit dem Rücktritt der von mir geführten Regierung im Herbst 1922 hört man ab und zu in politischen Kreisen den „Bürgerblock“. Nicht als ob alle, die dieses Wort hören, auch einen bestimmten politischen Begriff damit meinen. Als mich neulich ein Spaziergang mit einem Intellektuellen zusammenführte, kam auch rasch die politische Lage zur eingehenden Besprechung. Ziele und Wege der Aussenpolitik erörterten wir während der lebhaften Unterredung keinerlei Schwierigkeiten mehr. Wir waren seit Jahren nicht der Reparations- und Aussenpolitik gänzlich verschrieben gewesen. Manches bittere Wort mussten mein Begleiter und ich auf das persönliche Belastungsschreiben, ohne uns gegenseitig überzeugen zu können, sondern es sorgfältig, Einwendungen zu erheben gegen die politische Auffassung meines industriellen Freundes, d. h. politisch gesehen, wie so viele in unseren Vaterlande, dem Zusammenbruch des Ruhrvertrages und nach endgültig die Weltatmosphäre und die Abhängigkeit von Amerika, eine plötzliche Wendung vollzogen hatte, im Gegensatz, was ich, sein politischer und sozialer Gegner, Jahren als Richtlinie verfolgt und im politischen Kampf einsetzen versucht habe. Auf diesen Blick er aber auf dem Wege und beendete das bis dahin geführte Gespräch mit der Bemerkung: „Jetzt ist es aber Zeit, die Bürger zusammenstehen sich zu einem „Bürgerblock“ zusammenschließen.“

Wie dieser Bürger zu mir denken und reden heute viele in meinem Vaterlande. Ich widerstehe auf das lebhafteste und habe das meine politische Pflicht veranlasst, aufrichtig mich zu dem Begriff „Bürgerblock“ nicht in mein politisches Wörterbuch, Herkommen, soziale Gänge und praktische Verantwortung haben in mir die Auffassung lassen, dass der „Bürgerblock“ nicht dort beginnt, wo Besitz und Macht anfangen sich zu häufen, nicht selten der Besitz die innere Bildung überwiegt oder überwiegt. Meine in der Politik erlangten Aeusserungen lassen erkennen, dass ich über diese Denkweise niemanden, weder Mitarbeiter noch meine politische Freunde, jemals im Zweifel gelassen. Was meine politischen Gegner an aller Gehässigkeit ganz zu tun — aus meinen früheren Äußerungen gemacht haben oder im folgenden noch machen werden, kann mich nicht abhalten, im jetzigen Augenblick jener Äußerung Ausdruck zu geben, wie sich seit meinem Eintritt in die politische Laufbahn stets geführt habe, soll durchaus nicht aus dem Auge verloren werden, dass ich dem Zentrum an dieser Partei treu und aufrichtig gedient habe, dass die gebotene Rücksichtnahme hindert mich nicht, das, was gegenüber dem Bürgerblock zu sagen ist und deutlich aus meiner politischen Gesamtaufassung zu ersehen ist, persönlich zu äußern. Ich leide lediglich der Wunsch, die deutsche Innenpolitik, nachdem einmal durch eine Mehrheit des Reichstages, die sogar verfassungsmässig war, eine bestimmte Richtung worden ist, durch keine egoistischen Parteirück- oder durch kein Streben rein innerparteilicher Art ver- oder in nächster Zukunft zerbrechen zu lassen.

Da helfen auch unsersits nicht allein theoretische Erwägungen, wie wir sie oben angedeutet haben, sie müssen vielmehr mit einer entscheidenden Willensbildung aller demokratischen, verfassungstreuen Elemente Deutschlands verbunden sein. Wir erklären deshalb klar und bestimmt: „Es gibt für uns keine Bürger höheren Rechts, sondern nur deutsche Staatsbürger!“ Wir wollen den Begriff des Staatsbürgers herausarbeiten und ihn gegen alle nationalitätlichen, völkischen und kommunistischen Verzerrungen im Sinne und Geiste der Weimarer Verfassung verteidigen. Tun wir das nicht, dann verlieren wir nicht nur allen innerparteilichen Kontakt mit den letzten fünf Jahren, sondern wir werden auch in der gesamten politischen Entwicklung Deutschlands um 25 Jahre zurückgeworfen. Dazu käme noch das starke Hervortreten sozialreaktionärer Kräfte, welche die Notlage weiter Völkereize zu wirtschaftlichen Entrechtungen ausnutzen würden. Selbst alle die theoretische Erörterung des Bürgerblocks ist geeignet, allen die theoretische Erörterung des Bürgerblocks auszulösen, die jedoch ethisch gerichteten Menschen tief erschrecken müssen. Jetzt sollten sich im deutschen Volke die Früchte jahrelanger staatsbürgerlicher Erziehung zeigen, einer Erziehung, die nicht nur staatsbürgerliches Wissen vermittelt, sondern im Geiste der hohen ethischen und Begeisterung für die Aufgabe und das Gefühl, Liebe und Zusammengehörigkeit der gesamten Nation bringen sollte. Statt grosszügig und weitherzig alle Schichten und Erwerbsstände verantwortlich im Staatsleben heranzuziehen, wollen sich heute klassenegoistisches Denken und

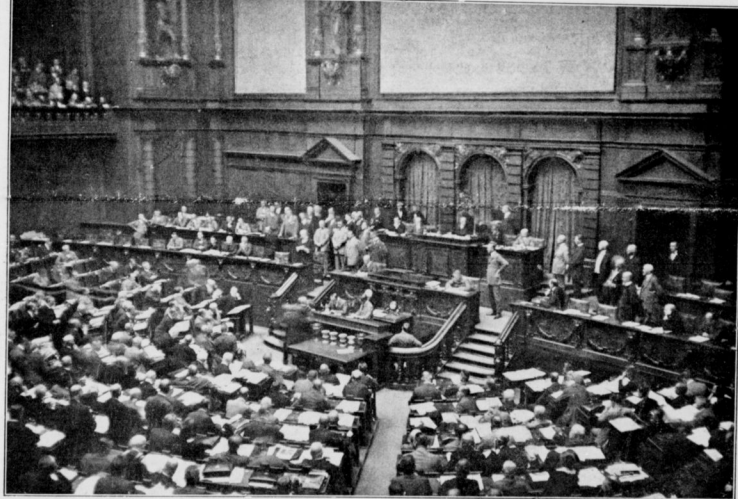
hervorziehen könnten. Gewisse sozialreaktionäre Erscheinungen der letzten Zeit haben den Blick besonders geschärft, nachdem Krieg und Nachkriegszeit mit ihrer wirtschaftlichen Machtentverteilung hatten. Niemand wird diesen demokratisch denkenden Staatsbürgern hebrängen können, dass der Bürgerblock keine Beeinträchtigung ihrer verfassungsmässigen Rechte bedeutet.

Man mache sich gerade in diesem Zusammenhang klar, dass der Bürgerblock — wenn er politisch-parlamentarisch in Aktion tritt — entweder zu den verfassungsmässigen Mitteln des völkisch-fascistischen Terrors greifen muss, um sich zu halten, oder dass er bald schon abgelöst werden wird durch eine Arbeiterregierung. So wächst aus dem „Bürgerblock“ und seiner Herrschaft zurückerwartung das andere Extrem, das dem Besitzlosen die Herrschaft zuführt. Alle Konflikte zwischen Besitz und proletarischen Massen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Regierung und Beherrschten, werden aufgerissen und damit die einanderziehenden, ins Ungemessene und Rettungslos gesteigert. Es war immer Tradition und Aufgabe gerade des Zentrums, solche Alternativen nicht heranwachsen zu lassen, sondern danach zu streben, Konflikte, die Staat und Gesellschaft bedrohen, zu vermeiden und rechtzeitig einzulenken, und ausserpolitisch so zu handeln, dass Katastrophenstimmung überhaupt nicht aufkommen kann. In diesem Geiste hat das Zentrum in Weimar gehandelt und positiv mitgearbeitet bei der Verfassung, die uns immer als ein

Herrschaftsgefälle breitmachen, die jahrelang aus reiner Parteilaktik dem Staate und dem Deutschen Reiche nicht nur jeden Groschen versagt haben, sondern die auch die politische Diskreditierung und die politische Sabotage üben und jeden, der dem Reiche aufrichtig gedient hat, bis in den Tod und darüber hinaus verfolgt.

Wir haben im Zentrum immer hohen Wert darauf gelegt, nach eigenem Ermessen und nach eigenem Geiste uns politisch-sachlich zu orientieren und keine Kräfte unseres Volkes von der Rettungsarbeit an Rhein und Reich auszuschliessen. Von rechts haben wir bisher weder Hilfe noch Anerkennung gefunden. Uns steht die sittliche Idee der Volksgemeinschaft höher als das Danaergeschenk des „Bürgerblocks“.

Die laute und leidenschaftliche Diskussion über den „Bürgerblock“ begann mit der Zustimmung eines Teiles der deutschen nationalen Fraktion zur verfassungsmässigen Verabschiedung des Eisenbahngesetzes. Die anderen Gesetze, deren Bedeutung dem Eisenbahngesetz nicht nachsteht, fanden nicht die Zustimmung derer, die dem Eisenbahngesetz zur verfassungsmässigen Mehrheit verhalten. Es sind deshalb mindestens Zweifel berechtigt, ob bei den Deutschen die ausserpolitische Wirkung oder lediglich die taktische parteipolitische Rücksichtnahme zur Verhütung einer Reichstagsauflösung massgebend gewesen ist. Wäre eine rein ausserpolitische Einstellung vorhanden gewesen, so hätten die Ja-Sager aus den Reihen der Deutschen bei den anderen Gesetzen nicht mit Nein stimmen dürfen. Ueber diesen Widerspruch werden die Deutschen nicht wegkommen. Es ist deshalb begrifflich, dass die in den Reihen der Deutschen einsetzende innerparteiliche Auseinandersetzung sich im wesentlichen mit innerparteilichen Gesichtspunkten abmilt. Die Deutsche nationale Volkspartei hat im Reichstag ihre innerliche Spaltung bezüglich der Aussenpolitik überdecken wollen durch das taktische „Halb und Halb“, mit dem sie auch hofft, über die innere Auseinandersetzung hinwegzukommen. Schon seit Monaten ringen in der deutschen nationalen Fraktion, wie wir unterrichtet sind, zwei Strömungen miteinander. Die eine stellt das Verlangen, die Partei müsse jetzt an die Macht zu kommen suchen, auch auf das Risiko hin, in der Frage des Gutachtens zunächst Konzessionen machen zu müssen, während die Gegner der Machtergreifungspolitik betonen, dass nur bei einer scharfen Opposition gegen jede Erfüllungspolitik und damit auch gegen das Dawes-Gutachten, das zu Fall gebracht werden müsse, es möglich ist, die „Macht der völkischen Bewegung und ihrer nationalen Massen“ hinter sich zu haben und zu behalten. Diese Richtung war sich auch darüber klar, dass jede erfüllungspolitische Konzession um der Machtergreifung willen der Deutschen nationalen Volkspartei das Schicksal der Deutschen Volkspartei bereiten könne. Wir glauben, dass diese Bemerkungen ungefähr dem entsprechen, was in deutschen nationalen Kreisen selbst an Formulierung der inneren Partei-



Die Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstag.

rettungswerk an der deutschen Volksgemeinschaft erschienen ist. Das Verlassen dieser politischen Linie wäre ein Verhängnis für Reich, Staat und Volk.

Nochmals: Wir lehnen die Bildung eines Bürgerblocks ab, auch wenn er unter dem Deckmantel nationaler Bestrebungen erreicht werden soll. Wie man früher mit dem Worte „national“ Missbrauch getrieben hat, wie man früher freilich teilweise versucht hat, Parteien antinationaler Gesinnung zu beschuldigen, um sich nach oben besser zu empfehlen, so will man jetzt mit dem Worte „bürgerlich“ und „Bürgerblock“ alten privilegierten Schichten und herrenmässigen Ansprüchen die Wege gegen das neue demokratische Deutschland wieder eröffnen. Wir täuschen uns über dieses Ziel der Rechten nicht und wir lassen uns auch nicht täuschen.

Da helfen auch unsersits nicht allein theoretische Erwägungen, wie wir sie oben angedeutet haben, sie müssen vielmehr mit einer entscheidenden Willensbildung aller demokratischen, verfassungstreuen Elemente Deutschlands verbunden sein. Wir erklären deshalb klar und bestimmt: „Es gibt für uns keine Bürger höheren Rechts, sondern nur deutsche Staatsbürger!“ Wir wollen den Begriff des Staatsbürgers herausarbeiten und ihn gegen alle nationalitätlichen, völkischen und kommunistischen Verzerrungen im Sinne und Geiste der Weimarer Verfassung verteidigen. Tun wir das nicht, dann verlieren wir nicht nur allen innerparteilichen Kontakt mit den letzten fünf Jahren, sondern wir werden auch in der gesamten politischen Entwicklung Deutschlands um 25 Jahre zurückgeworfen. Dazu käme noch das starke Hervortreten sozialreaktionärer Kräfte, welche die Notlage weiter Völkereize zu wirtschaftlichen Entrechtungen ausnutzen würden. Selbst alle die theoretische Erörterung des Bürgerblocks ist geeignet, allen die theoretische Erörterung des Bürgerblocks auszulösen, die jedoch ethisch gerichteten Menschen tief erschrecken müssen. Jetzt sollten sich im deutschen Volke die Früchte jahrelanger staatsbürgerlicher Erziehung zeigen, einer Erziehung, die nicht nur staatsbürgerliches Wissen vermittelt, sondern im Geiste der hohen ethischen und Begeisterung für die Aufgabe und das Gefühl, Liebe und Zusammengehörigkeit der gesamten Nation bringen sollte. Statt grosszügig und weitherzig alle Schichten und Erwerbsstände verantwortlich im Staatsleben heranzuziehen, wollen sich heute klassenegoistisches Denken und

zugesätze nach den Wahlen ausgesprochen worden ist. Die Deutschen nationaler treten nunmehr an die Machtergreifung heran, und es ist unsere Aufgabe, dazu Stellung zu nehmen. Der erste Schritt ist durch den Gang des Herrn Abgeordneten Dr. Hergt zu Herrn Reichskanzler Dr. Marx geschehen, als am Tage der Abstimmung Herr Hergt schon in der Frühe um 9 Uhr bei dem Herrn Reichskanzler Marx erschien, um dem erstemaligen Kanzler zu eröffnen, dass, nach den bei den Deutschen nationalen vorhandenen Informationen, Herr Marx beabsichtige, von seinem Posten zu scheiden. Ueber das weitere Gespräch ist die Öffentlichkeit bisher nicht unterrichtet worden. Herr Hergt ist über das gesteckte Ziel weit hinausgeschossen und hat sich bei dem Zentrum eine scharfe Zurückweisung geholt, deren Wirkung im Lande noch nicht erschöpft ist. Die Aufgabe des Zentrums hat nie darin bestanden, den politischen Kräften von rechts bei ihrem Griff nach der Macht Hilfestellung zu leisten. In diese Rolle wird sich das Zentrum auch nie begeben. Nur insofern findet der Schritt des Herrn Hergt bei uns eine gerechte Würdigung, als Herr Hergt dem parlamentarischen System entsprechend sich nicht allein mit den Unterhändlern zweiter Ordnung aus den Parteien der Mitte abzugeben hat, sondern direkt zu der Stelle ging, wo nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt werden. Und das ist das Kanzleramt!

Es ist wohl inzwischen genügend bekannt geworden, dass Herr Marx die Frage der Erweiterung der Regierung für die Monate Oktober und November als politisches Problem angekündigt hat. Er selbst, und darauf kommt es in diesem Zusammenhang besonders an, hat aber über die Frage der Erweiterung der Regierung nicht nur mit Rechts — sondern auch mit Links gesprochen. Der Reichskanzler hat somit freie Hand, die Frage der Regierungsbildung nach eigenem Ermessen in Angriff zu nehmen. Diese klare und eindeutige Haltung des Kanzlers machen wir uns zu eigen und anerkennen keinerlei Verpflichtung, die eine einseitige Bindung darstellen könnte. Damit ist die Frage des Bürgerblocks oder der Rechtskondition, faktisch gesehen, vorläufig verlegt. Das hindert uns aber nicht, wie wir es getan haben, die grundsätzliche Stellungnahme zum Bürgerblock weiter zu vertiefen.

Werbenummer für die Kölner und Frankfurter Messe.